



Die moldauische Präsidentin, Maia Sandu

(Bild links), wird am 22. August mit Bundespräsident Alexander Van der Bellen (Bild rechts) an der Eröffnung des European Forum Alpbach (EFA) teilnehmen. Zum Auftakt werden sie sich dem EFA-Jah-

resthema „The New Europe“ widmen und diskutieren, welche Konsequenzen Europa angesichts des Ukraine-Krieges aus seiner derzeitigen Schwäche und Untätigkeit in der Vergangenheit ziehen muss.

Mit dabei sind auch Bundeskanzler Karl Nehammer, Shalini Randeria, die neue Rektorin der Central European University sowie der Erste Vizepräsident des Europäischen Parlaments Othmar Karas.



Post: Behebung der Rente in den Sommermonaten

BOZEN. Mit einer einfachen Maßnahme möchte der Postbetrieb Menschenansammlungen vor seinen Schaltern infolge der Rentenauszahlungen in den Sommermonaten vermeiden. So sollen all jene Pensionsempfänger, die ihre Rente an einem der 131 Postschalter in Südtirol in bar beheben möchten, sich nach dem Anfangsbuchstaben ihres Nachnamens folgendermaßen zum Postamt begeben: Am 1. August alle Personen mit einem Nachnamen von A bis C, am 2. August jene von D bis K, am 3. August jene von L bis P und am 4. August jene von Q bis Z. Ähnliches gilt für September: Am 1. September alle Personen mit Nachnamen von A bis C, am 2. Sept. von D bis K, am 3. Sept. (Samstag Vormittag) von L bis P, am 5. Sept. von Q bis Z. Inhabern von Postsparbüchern oder Konten wird die Rente wie üblich am Monatsersten gutgeschrieben, Karten-Inhabern (Postamat, Postepay etc.) können die Rente an den ATM-Schaltern beheben.

Wohnbau: Ressourcen besser nutzen

LEISTBARES WOHNEN: Verein Mieterschutz-Centro Casa nimmt öffentlichen Wohnbau in die Pflicht – „Förderpolitik ist zu überdenken“

BOZEN (az). Mehr Courage und Pragmatismus vonseiten der öffentlichen Hand fordert der Verein Mieterschutz-Centro Casa, um die akute Wohnungsnot in Südtirol zu lindern. Man müsse die Probleme an der Wurzel anpacken anstatt mit der gängigen Subventionspolitik die Preise immer weiter in die Höhe zu treiben.

Im Zuge ihrer gestrigen Pressekonferenz bezogen sich die Vertreter des Mieterschutzvereins – namentlich Präsident Maurizio Surian sowie die beiden Präsidiumsmitglieder Alexander Pancheri und Dodo Detassis – auf das am 22. Juli dieses Jahres in Kraft getretene Landesgesetz für den öffentlichen und sozialen Wohnbau. Man erkenne zwar den guten Willen in dieser Materie sehr wohl an, aber gar einiges müsse im Sinne der Bürger überdacht werden, vor allem jener Bürger, die am stärksten unter der Wohnungsnot zu leiden haben – etwa Familien, Senioren oder auch Studierende.

„Die Förderpolitik geht leider weitgehend an den tatsächlichen Bedürfnissen und einer nachhaltigen Wohnbaupolitik vorbei, als große Nutznießer erweisen sich vielfach private Bauträger, während die Preise immer mehr an-



Machen sich als Verein Mieterschutz-Centro Casa für leistbares Wohnen stark, indem sie alternative Modelle vorschlagen (v.l.): Alexander Pancheri, Maurizio Surian und Dodo Detassis.

steigen“, führte Detassis einen bekannten Effekt ins Feld. Das aktuelle Beitragssystem müsse überdacht werden, es gelte, schneller, flexibler und zielgerichteter am Markt einzugreifen.

„Die öffentliche Hand sollte stärker als Bauträger auftreten und so die Kreisläufe in der Bauwirtschaft wieder schließen“, erklärte Pancheri und führte eine Zahl ins Feld: „In den 20 Jahren von 1999 bis 2018 flossen rund 3,4 Milliarden Euro in Mietbeihilfen und den geförderten Wohnbau. Das sind enorme Summen, leider wandert vieles von diesem

Geld in die Privatwirtschaft ab. Die öffentliche Hand täte gut daran, auf alternative und bereits bewährte Modelle zu setzen.“

Vielmehr als kritisieren wollten die Vertreter des Mieterschutzvereins aber praktikable Lösungen für eines der seit Jahren am stärksten gefühlten Probleme Südtirols aufzeigen. Ein mögliches alternatives Modell zum derzeitigen Genossenschaftssystem sei die Genossenschaft mit ungeteiltem Eigentum. Durch die Gründung eines Konsortiums, bei dem die öffentliche Hand beteiligt ist, könnten neue Wohnun-

gen sowohl für den geförderten als auch für den sozialen Wohnbau zu vertretbaren Kosten und schneller als bei öffentlichen Verfahren bereitgestellt werden.

Schätzungen zufolge stehen an die 400 Wohnungen des Wohnbauinstituts (WOBI) – deren 300 davon allein in Bozen – leer, mit einer raschen Zuweisung an die Antragssteller könnte man damit laut Mieterschutz-Centro Casa den dringlichsten Bedarf bereits abdecken. Die öffentliche Hand sollte nach Ansicht der Mieterschutz-Vertreter auch andeuten, bestimmte ungenutzte, aber be-

baubare Areale umzuwidmen und so dem Wohnungsmarkt zuzuführen – dann allerdings mit regulierten Mieten und zu erschwinglichen Preisen.

Zudem könnten befristete Unterkünfte für Arbeiter und Studenten geschaffen werden, indem die vorhandenen Ressourcen des WOBI besser aufgeteilt (etwa Alleinstehende in großen Wohnungen) oder ungenutzte Flächen in Gewerbezonen zugewiesen und an klare Konditionen (genaue Nutzungsbedingungen als Service-Wohnungen) geknüpft werden.

Dritter Sektor: Neue Formen der Kooperation nutzen



Wollen Schwung in die Vergabe-Praxis bringen (v.l.): Dachverband-Geschäftsführer Georg Leimstädtner, Dachverband-Präsident Wolfgang Obwexer, Gemeindenverbands-Präsident Andreas Schatzer, Gemeindenverbands-Geschäftsführer Benedikt Galler.

BOZEN. Die Leitlinien und gesetzlichen Vorgaben würden es möglich machen, allerdings werden die Möglichkeiten in der Praxis in Südtirol noch kaum genutzt – die Rede ist von der Planung und Übertragung von Dienstleistungen im öffentlichen Interesse an gemeinnützigen Organisationen.

Zurückzuführen sei dieser Umstand auf die gängige Praxis der Vergabestellen, vor allem bei umfangreicheren Aufträgen noch weitgehend am Instrument der öffentlichen Ausschreibung festzuhalten. Darauf weist der Dachverband für Soziales und Gesundheit hin, jüngst wurde die Thematik bei einem Treffen mit der Führungsspitze des Südtiroler Gemeindenverbands besprochen.

„Die Erfahrungen anderer Regionen zeigen, dass eine Abstimmung im Sinne der Ko-Programmierung und Ko-Projektierung zwischen der öffentlichen Hand und den gemeinnützigen Organisationen die Qualität der Dienstleistungen deutlich steigert, ohne die Kosten zu erhöhen. Effektivität und Effizienz

lassen sich für alle Beteiligten verbessern, wenn schon im Vorfeld der Vergabe die Rahmenbedingungen der künftigen Zusammenarbeit gemeinsam festgelegt werden“, erklärte Wolfgang Obwexer, der Präsident des Dachverbandes für Soziales und Gesundheit.

Gemeindenverbands-Präsident Andreas Schatzer begrüßte die Initiative der Dachverbandes in dieser Angelegenheit. Er werde in den kommenden Wochen Personen namhaft machen, die sich in einer gemeinsamen Arbeitsgruppe der wichtigsten öffentlichen und gemeinnützigen Körperschaften einbringen sollen. Besagte Arbeitsgruppe habe das Ziel, die „Ko-Programmierung“ und „Ko-Projektierung“ als künftiges Kooperationsmodell zwischen öffentlicher Verwaltung und gemeinnützigen Organisationen zu verankern, etwa durch Maßnahmen wie die Organisation von Bildungsprojekten und Tagungen, die Durchführung und Evaluierung von Pilotprojekten, sowie durch das Erarbeiten konkreter Handlungsempfehlungen.

BLICK INS TRENTO

Fugatti und Ianeselli, ein Pakt für Trient



von Lorenzo Baratter

Landeshauptmann Maurizio Fugatti und der Bürgermeister von Trient, Franco Ianeselli, haben die strategischen Maßnahmen für die Stadt festgelegt und die offenen Fragepunkte bei einigen grundlegenden Projekten geklärt. Endlich wurde beschlossen, den Zeitplan für die Auswahl des Standorts für das neue Krankenhaus im Trentino zu straffen. Für die Verwaltung der Music Arena (in der Vasco Rossi

am 20. Mai vor 120.000 Zuschauern auftrat) wird eine Sonderausschreibung erstellt. Was das Projekt der Seilbahnverbindung der Stadt zum Monte Bondone anbelangt (über das seit Jahrzehnten gesprochen wird), so wird bis August eine Aufforderung zur Interessensbekundung veröffentlicht, um Vorschläge für die Finanzierung des Projekts zu erhalten: Es ist vorgesehen, die Arbeiten auch unter Beteiligung privater Parteien durchzuführen.

Einigigkeit zwischen der Provinz und der Gemeinde besteht auch im Hinblick auf den Bau der Eisenbahnumgehung, die einen zehn Kilometer langen Tunnel vorsieht. In der Vereinbarung



Zufriedenheit nach dem Treffen zur Zukunft der Stadt Trient: Maurizio Fugatti (rechts) und Franco Ianeselli. P. Pedrotti/Presseamt Provinz Trient

sind auch mehrere Maßnahmen vorgesehen. Bis Dezember wird zur ökologischen Umstellung des städtischen Verkehrssystems ein umfassender Masterplan festgelegt werden. © Alle Rechte vorbehalten



Lesen Sie am Freitag

REPORTAGE

Manfred Zöschg im Gespräch & weitere Events

SONNTAGSFRÜHSTÜCK

Zu Gast ist der deutsche Sänger Mark Forster

WANDERN

Mit Hanspaul Menara auf die Vordere Rotspitze in Martell

Die „Dolomiten“ bringen mehr

